

Bangladesch im Überblick

zusammengestellt von Michelle Peña Nelz und Kai Fritze

Menschenrechte

Human Rights Watch hat in seinem Menschenrechtsbericht 2013 die zunehmende Eindämmung von Handlungsspielräumen für die politische Opposition und die Zivilgesellschaft in Bangladesch kritisiert. Dazu gehöre, dass die Regierung NRO in Bangladesch durch eine repressivere Gesetzgebung verstärkt Kontrollen unterziehen wolle. Zudem unternehme die Regierung Bangladeschs keine Anstrengungen, Polizeigewalt einzudämmen und Fälle von außergerichtlichen Hinrichtungen und Verschleppungen durch Exekutivorgane strafrechtlich zu verfolgen. In dem Bericht wird auch die schwache Umsetzung von Gesetzen zum Schutz von Frauen kritisiert. Trotz Fortschritten hinsichtlich der Einführung von Gesetzen und Richtlinien, die sich an internationalen Abkommen orientieren, seien Vergewaltigungen, Gewalt im Zuge ausbleibender Mitgift, Säureangriffe und religiös motivierte Gewalt gegen Frauen noch immer weit verbreitet. Auch Vertreter der bangladeschischen Zivilgesellschaft haben sich zur Menschenrechtslage mit einer offiziellen Stellungnahme geäußert. *Human Rights Forum*, ein Menschenrechtsverband 19 nationaler NROs, bemängelt unter anderem den Umgang mit Flüchtlingen aus Myanmar und die unzureichende Umsetzung des Gesetzes zum Schutz von Minderheiten und Frauen.

Gewalt gegen Frauen

Am 14. Februar 2013 setzten sich landesweit fast drei Millionen Menschen in Bangladesch mit Menschenketten, Flashmobs und Demonstrationen sowie einer Großveranstaltung in Dhaka für ein Ende der Gewalt gegen Frauen ein. Unterstützt wurde die Kampagne von verschiedenen nationalen und internationalen Organisationen. Damit schlossen sich die Menschen einer der größten Kampagnen für Frauenrechte weltweit, namens *One Billion Rising*, an, die mit dem Slogan „Streikt, tanzt und steht auf“ für ein Ende der Gewalt gegen Frauen kämpft. Begründerin ist die US-amerikanische Feministin und Autorin Eve Ensler. In Bangladesch ist besonders häusliche Gewalt ein weitverbreitetes Problem: Laut Weltgesundheitsorganisation sind 57,5 Prozent der Frauen von sexueller oder physischer Gewalt betroffen.

Brände in der Textilindustrie

Am 26. Januar 2013, zwei Monate nach einem verheerenden Brand in der *Tazreen*-Fabrik, der 112 Menschen das Leben kostete, gab es erneut einen Brand in einer Textilproduktionsstätte, diesmal bei dem Unternehmen *Smart Export Garments*. Da das Feuer in der Mittagspause ausbrach, befanden sich die meisten der 300 Arbeiterinnen außerhalb des Gebäudes. Dennoch kamen sieben Personen ums Leben, vier von ihnen waren jünger als 17 Jahre. An der Brandstätte wurden Etiketten von KiK gefunden sowie von spanischen und französischen Unternehmen. Zugleich warten noch immer viele Betroffene des Fabrikbrandes vom November 2012 auf Entschädigungszahlungen für Nothilfe und medizinische Versorgung. „Zahlreiche Näherinnen wurden nach dem Brand in ein Krankenhaus eingeliefert und mussten sich verschulden, um die Rechnung zu bezahlen. Wer hilft diesen Frauen, die verletzt und arbeitsunfähig geworden sind?“ fragt Frauke Banse, Koordinatorin der Eilaktion der Kampagne für „Saubere“ Kleidung. Das Unternehmen KiK lehnt bisher jegliche Entschädigungszahlung an die Opfer ab, weil es zum Brandzeitpunkt keine Aufträge an der Fabrik vergeben hatte, wohl aber von 2009 bis Mitte 2012. Seit der Brandkatastrophe demonstrieren Gewerkschaften und Aktivisten fast täglich dafür, dass Produzenten und Auftraggeber in die Verantwortung gezogen werden.

Kältewelle

In den ersten Wochen des Jahres 2013 traf eine ungewöhnliche Kältewelle den Norden Bangladeschs (Joypurhat, Rajshahi, Dinajpur). Im Distrikt Dinajpur sank die Temperatur am 9. Januar auf 3,2 Grad Celsius, die tiefste Temperatur seit 45 Jahren. Es ist die zweittiefste, die jemals im Winter in Bangladesch gemessen wurde. Bereits im Dezember 2012 erfasste ein Temperatursturz die Distrikte Dinajpur, Lalmonirhat und Chandpur. Insbesondere die Ärmsten der Armen leiden enorm unter der Kälte, denn ihre Unterkünfte sind in der Regel weder beheizt noch isoliert. Ihr Geld reicht selten aus, um sich warme Kleidung und Decken zu kaufen. Binnen einer Woche starben 82 Menschen an den Kältefolgen. Hunderte lagen mit Lungenentzündung, Bronchitis oder Durchfall im Krankenhaus, insbesondere Kinder und ältere Menschen waren gefährdet. Mancherorts kam das öffentliche Leben zum Erliegen.

Massenproteste

Am 5. Februar 2013 wurde Abdul Quader Mollah in Bangladesch vom nationalen Kriegsverbrecher-Tribunal zu lebenslanger Haft verurteilt. Bis zu seiner Inhaftierung im Jahr 2010 war er Generalsekretär der islamistischen Partei *Jaamat-e-Islami*. Das Tribunal hat die Aufgabe, bisher unaufgeklärte Verbrechen aus dem Unabhängigkeitskrieg im Jahr 1971 zwischen Pakistan und dem heutigen Bangladesch, damals Ostpakistan, aufzuklären. Die Richter des Tribunals hatten es als erwiesen angesehen, dass Mollah mit dem pakistanischen Militär kollaboriert hatte und für den Mord an mindestens 350 Zivilisten und der Vergewaltigung einer Frau verantwortlich ist. Aus Protest gegen das Urteil versammelten sich bereits am selben Tag viele tausend Menschen auf der zentral in der Hauptstadt Dhaka gelegenen Shahbagh-Kreuzung. Initiiert wurden die Proteste vom Blogger-Netzwerk *Blogger and Online Activist Network*. Mitglieder des Netzwerks organisierten aus Enttäuschung über das aus ihrer Sicht zu milde Urteil Sitzstreiks in den Straßen Dhakas. In den darauffolgenden Tagen nahmen immer mehr Menschen an den Protestaktionen teil – in der Hauptstadt und in anderen Landesteilen. Die Protestierenden halten eine Haftstrafe für unzureichend und befürchten zudem, dass die Strafe von einer Nachfolgeregierung aufgehoben werden könnte. Auch die *Jamaat-e-Islami* protestiert gegen das Urteil. Die Mitglieder der Partei fordern die Freilassung Mollahs und anderer inhaftierter Parteifunktionäre. Seit dem 8. Februar wurden Medienberichten zufolge bei Straßenschlachten zwischen Anhängern der Islamisten und der Polizei mindestens zehn Personen getötet und Hunderte verletzt. Am 15. Februar wurde der Blogger Ahmed Rajib Haidar, aktives Mitglied des Shahbagh-Protests, in Dhaka ermordet. Vertreter der Organisatoren der Massenproteste und Journalisten bringen seinen Tod in Zusammenhang mit seinem politischen Engagement und der steigenden Gewaltbereitschaft der Anhänger der *Jamaat-e-Islami*. Die inzwischen landesweiten Massenproteste gehen auch drei Wochen nach dem umstrittenen Urteil gegen Mollah unvermindert weiter. Neben Aktivisten und Veteranen des Unabhängigkeitskriegs nehmen an den Versammlungen vor allem Studierende, Schüler/-innen und Familien teil. Dass dieser Protest eine nationale Bewegung ist und nicht von politischen Parteien gesteuert wird, daran erinnern Nationalsymbole, die auf den Unabhängigkeitskrieg zurückgehen, wie die Nationalflagge und das Singen der Nationalhymne. Vertreter von Parteien, die

sich mit Ansprachen an die Protestierenden richten wollten, wurden ausgebuht. Das Blogger-Netzwerk hat unterdessen einen Forderungskatalog bei der Regierung eingereicht. Hierin fordert es unter anderem:

- 1) die Todesstrafe für alle Kriegsverbrecher;
- 2) Änderungen des Kriegsverbrechergesetzes, so dass gegen Urteile des Tribunals Berufung eingelegt werden kann;
- 3) das Verbot der islamistischen Partei *Jamaat-e-Islami*, deren Studentenorganisation und allen der Partei nahestehenden Finanzinstitutionen;
- 4) die Durchführung von Gerichtsprozessen gegen alle Parteien und Organisationen, die die Kriegsverbrechen unterstützt haben.

Die Regierung reagierte bereits: Das Kriegsverbrechergesetz wurde geändert. Die Regierung und Opfer von Kriegsverbrechen können künftig gegen Urteile des Tribunals Berufung einlegen. Die Gesetzesänderung tritt rückwirkend ab dem 14. Juli 2009 in Kraft. Vereinzelt wird aber auch Kritik an der Forderung nach der Todesstrafe laut. Afsan Chowdhury, renommierter Journalist und Experte für die Geschichte des Unabhängigkeitskriegs, zeigt sich in einem Artikel zwar darüber verwundert, dass kein Todesurteil gesprochen wurde, warnt aber vor dem steigenden Druck auf das Tribunal: „Bei der öffentlichen Verärgerung geht es um die unerfüllten Wünsche des Volkes. Das Ergebnis ist, dass nun ein erheblicher Druck auf der Regierung und dem Tribunal lastet, ‚volksfreundliche‘ Urteile zu sprechen.“

Physikstudent nach Morddrohung verhaftet

Im Zusammenhang mit dem erschlagenen Blogger Ahmed Rajib Haidar wurde ein junger Mann auf dem Campus der *Chittagong University* in Dhaka verhaftet. Er hatte im Netz eine Morddrohung gegen den Imam ausgesprochen, der Haidars Totengebet gehalten hatte. Er selbst bezeichnet sich als Aktivist der islamistischen, neofundamentalistischen Bewegung *Hizb-ut-Tahrir*¹. Offiziell ist die *Hizb-ut-Tahrir* in Bangladesch seit Oktober 2009 wegen ihrer destabilisierenden Wirkung auf das Land verboten. Ziel der Bewegung, die auf der ganzen Welt Anhänger gefunden hat, ist die weltweite Vereinigung aller Muslime unter einem Kalifat und die Einführung der Scharia. Detektive hatten den jungen Mann am 24. Februar auf dem Campus aufgespürt.

¹Partei der Befreiung